NACHRICHTEN
Österreich

Rückschritt in der Bildung: Sonderschulen setzen Inklusion aufs Spiel

Neue steirische Landesregierung hält an Sonderschulen fest, Experten warnen vor Gefahren für Inklusion und Menschenrechte.

Steiermark, Österreich - Die neue Landesregierung der Steiermark hat mit ihrem Regierungsprogramm für stirnrunzelndes Staunen gesorgt. Der Plan, Sonderschulen als exklusive Bildungsstätten für Kinder mit Behinderungen beizubehalten, widerspricht den Forderungen der Vereinten Nationen und stellt eine alarmierende Rückkehr zur Segregation dar. Entgegen jahrelanger Bemühungen um Inklusion prangern Experten den Schritt als eine eklatante Verletzung der Menschenrechte an. Die Generalsekretärin der Lebenshilfe Steiermark, Sandra Walla-Trippl, macht unmissverständlich klar, dass es keine „einheitliche Behinderung“ gibt. Stattdessen fordert sie mehr Investitionen in inklusive Bildungszentren, wo Vielfalt als Stärke gefeiert werden sollte. Gleichzeitig warnte Dietmar Ogris vom Verein „Selbstbestimmt Leben“, dass die Entscheidung zur Beibehaltung der Sonderschulen ein deplorable Signal sende und gegen die UN-Behindertenrechtskonvention verstoße.

Besonders besorgniserregend ist die Aussage im Regierungsprogramm, dass der Bedarf an individueller Betreuung und Pflege höher sei als der an Bildung. Diese pauschale Unterstellung untergräbt das Recht von Kindern mit Behinderungen auf eine integrative Bildung. Prof. Dr. Tobias Buchner vom Unabhängigen Monitoringausschuss beschreibt die

neue Regelung als ein Beispiel für eine fatale Fehlentwicklung, die die bereits erreichten Fortschritte auf dem Gebiet der Inklusion in der Steiermark nicht nur gefährdet, sondern gleichsam zurückdreht. Die Verweigerung einer zeitgemäßen Bildung und Entwicklung widerspricht nicht nur rechtlichen Vorgaben, sondern auch der gelebten Praxis vieler Schulen in der Region. Das Programm ist eine scharfe Kritik an der derzeitigen Regierungsorientierung zur Bildung, wie **ots.at** berichtet.

Kritik an der Missachtung von Menschenrechten

Die Kritik an der Entscheidung der Landesregierung verstärkt sich. Gegen die Beibehaltung der Sonderschulen formiert sich Widerstand, und Matthias Grasser, der selbst im Rollstuhl sitzt, beschreibt die aktuelle Lage als einen Rückschritt in die 1970er Jahre. „Wir werden uns das nicht gefallen lassen“, so Grasser, der zudem auf die Notwendigkeit hinweist, Dialoge mit den neuen politisch Verantwortlichen zu führen. Die offiziellen Stimmen aus Behindertenorganisationen und Experten postulieren dringend die Notwendigkeit, inklusivere Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Kindern eine chancengerechte Bildung zu gewährleisten, wie **steiermark.orf.at** eindrücklich aufzeigt.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ursache	Exklusion, Unterfinanzierung
Ort	Steiermark, Österreich
Quellen	• **steiermark.orf.at** • **www.ots.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at